Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 215 — Jahrgang 212

Bezugspreis: Für Halle und Vororte monatlich Mk. 1,25, vierteljährlich Mk. 3,75 frei Haus. Durch die Post monatlich Mk. 1,34, vierteljährlich Mk. 4,00 außer Postgeld.
Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe
Mittwoch, 7. Mai

Anzeigenpreis: Einzelne Inserenten je Zeile 80 Pfg., auswärtige je Zeile 40 Pfg. — Reklamezeile 1,25 Mk. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.
Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290.
Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Die Eisenbahner werden nicht streiken

Aussicht auf eine Einigung

Berlin, 6. Mai.

Morgen läuft das Ultimatum der Eisenbahnangestellten an das Reich ab. Sollten die Forderungen der Angestellten nicht erfüllt werden, so würden sie, wie sie damals androhten, in den allgemeinen Streik eintreten. Wie unser Mitarbeiter zuverlässig aus amtlichen Kreisen der Eisenbahn erfährt, dürfte ein allgemeiner Ausstand der Arbeiter aber vermieden werden und auch mit einem Kompromiß über die gestellten Forderungen zu rechnen sein.

Bruderliebe oder organisierte Bettelei?

Ein Standpunkt der Sozialisten.

(Drahtmeldung unseres R.-Sondermitarbeiters.)

Dessau, 6. Mai.

In der heutigen Sitzung des Ministerrats entspann sich eine lange Debatte über die grundsätzliche Stellungnahme zu einem Magistratsantrag über Bewilligung eines Beitrages zum Opfertage für Kriegsgefangene. Ein sozialdemokratischer Stadtverordneter beantragte die Ablehnung der Spende, die auch vom sozialdemokratischen Landtags-Präsidenten in einem Aufruf empfohlen war. Die sozialdemokratische Fraktion stehe auf dem Standpunkt, daß es Pflicht des Staates sei, für unsere Gefangenen in weitgehendem Maße zu sorgen. Der Opfertag sei nichts als eine staatlich organisierte Bettelei. Der Antrag wurde mit 18 gegen 18 Stimmen angenommen, wobei die Stimme des Bürgermeisters den Ausschlag gab.

Die „Verankerung" der Betriebsräte

Berlin, 6. Mai.

Im Reichsarbeitsministerium ist der Entwurf eines Gesetzes über Betriebsräte fertiggestellt. Die Betriebsräte sollen an die Stelle der Arbeiter- und Angestellten-Ausschüsse treten, jedoch erweiterte Befugnisse erhalten. Hierbei wird auch das Selbstbestimmungsrecht bei Einstellungen und Entlassungen geregelt werden. Der Entwurf wird in nächster Woche mit Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer beraten werden.

Die Alliierten in Budapest

Paris, 6. Mai.

„Havas" verbreitet eine Meldung des rumänischen Pressebüros aus Wien, wonach die alliierten Truppen in Budapest einmarschiert sind.

Um die Heimat Andreas Hofers

Die Tiroler Landesversammlung hat den Beschluß gefaßt, nötigenfalls Tirol zu einem neutralen Freistaat auszurufen. Man will dadurch den Treibereien der Entente einen Strich durch die Rechnung machen. Unsere Feinde, voran Frankreich, bemühen sich voll Eifer, den Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland zu hintertreiben. Würde er doch die Einbußen Deutschlands wett machen, ja diesem nach der Kopfzahl der Einwohner sogar eine Vergrößerung gewähren und vor allem durch den Zusammenschluß aller Deutschen in Mitteleuropa für die nationale Belebung unseres Volkstums von starker Bedeutung sein. Die Tiroler Frage bietet nun den Feinden die willkommene Handhabe, um auf Deutschösterreich einen Druck zum Nichtanschluß auszuüben und es obendrein zu zerreißen. Italien hat von Frankreich und England im Londoner Vertrage als Preis für seinen Verrat am Dreibunde unter anderem die Zusage erhalten, daß Fiume zu seinem Beutеanteil gehören oder, wenn dies nicht durchgesetzt werde, es Tirol bis an den Brenner, also nicht nur Welsch-Tirol, sondern auch das gesamte deutsche Süd-Tirol, die Heimat Andreas Hofers, erhalten solle. Daß Italien, so lüstern es nach diesem Raube ist, dies gefährliche Geschenk nur ungern nimmt, jedenfalls viel lieber Fiume einstecken würde, ist zu glauben. Die Heimat Andreas Hofers gegen den Willen der deutschen Bevölkerung annektieren, das kann zu Erfahrungen führen, wie man sie in Abessinien und Tripolis gemacht hat. Den Franzosen hingegen ist diese Verwickelung der Tiroler Verhältnisse hochwillkommen, wird dadurch doch die gesamte Zukunft Deutschösterreichs noch unklarer als bisher und der Wunsch der Oesterreicher nach dem Anschluß an Deutschland weiter getrübt. Preisgeben mag man Süd-Tirol nicht, das hat man an leitender Wiener Stelle sofort bekundet, als verlautete, auch Wilson habe sich mit der Londoner Formel abgefunden. Man beruft sich auf seine 14 Punkte, auf das Selbstbestimmungsrecht, das doch den Tirolern nicht vorenthalten werden dürfe, wenn es selbst Eingeborenen in Afrika zugestanden wird. Wie aber nun den Ausweg finden, der den Feinden jeden Vorwand für ihre Pläne auf Vergewaltigung und Zerstückelung Tirols nimmt? Die Tiroler Landesversammlung will mit ihrem Beschluß die Vereitelung solcher Absichten erreichen. Sie erklärt also, Tirol sei entschlossen, vom Selbstbestimmungsrecht Gebrauch zu machen und die geschlossenen deutschen und ladinischen Landesteile bis Salurn als selbständigen neutralen Freistaat Tirol auszurufen, falls nur dadurch die Einheit dieses Gebietes erhalten werden könne; sie erklärt aber falls Südtirol abgetrennt werden sollte, werde sich das übrige Tirol zur Erhaltung seiner wirtschaftlichen Lebensfähigkeit an Deutschland anschließen. Das ist in der Tat eine Formel, um die die Entente, vor allem aber Wilson, nicht herumgehen kann, ohne sich auch in dieser Frage vor der ganzen Welt als durch und durch unaufrichtig bloßzustellen. Wollte man den Tirolern selbst gegenüber diesen Bedingungen Zwang antun, so ist alles, was jemals vom Selbstbestimmungsrecht der Völker geredet und geschrieben wurde, die ärgste Heuchelei gewesen.

Vom deutschen, nationalen Standpunkte aus erscheint der Ausweg, den die Tiroler Landesvertretung sucht, selbstverständlich recht unbefriedigend. Einigermaßen beruhigend ist dabei lediglich der Gedanke, daß es sich zweifellos nur um einen vorübergehenden Zustand handeln könnte. Eine selbständige Republik Tirol wäre ein durchaus lebensunfähiges Gebilde. Sie würde in wirtschaftlicher wie nationaler Beziehung verkümmern. Ein derartiger Zwergstaat in den Bergen stände etwa da wie Montenegro, wirtschaftlich abhängig von den Nachbargebieten, auf Anlehnung oder Ausdehnung ständig angewiesen. Die Sozialdemokraten, denen ja die materiellen, wirtschaftlichen Fragen stets ausschlaggebend sind, haben daher in der Landesversammlung auch gegen die Ausrufung der selbständigen Republik Tirol opponiert, so sehr eine solche theoretisch ihren Anschauungen entsprechen müßte. Das kennzeichnet die Aussichten, mit denen dies Staatsgebilde ins Leben träte. Die politische Entwicklung des Tiroler Freistaats würde vermutlich der von Ost-Rumelien entsprechen. Nach kurzer Zeit wäre das Bedürfnis nach dem Anschluß an Deutschösterreich und an Deutschland dort so stark, daß ihn nichts aufhalten könnte. Das wird freilich die Entente auch begreifen, und danach ist ihre Stellung gegenüber dem Beschluß der Tiroler Landesversammlung zu erwarten.

Ein Lied, das Sozialdemokraten nicht hören dürfen. In Stendal fand unter Leitung der städtischen Behörden eine allgemeine Kundgebung gegen einen Gewaltfrieden statt, an dem sich alle Parteien beteiligten. Nach einem großen Umzuge durch die Straßen der Stadt, in dem

Die Spielfolge für Versailles

Wie die Ueberreichung vor sich gehen soll

Von unserem zur Friedenskonferenz gesandten zv.-Sondermitarbeiter.

§§ Versailles, 6. Mai.

Der Text des Vorfriedens mit Deutschland wird den Delegierten der kriegführenden Mächte Dienstag nachmittag im Quai d'Orsai überreicht werden.

Ueber die Vorkehrungen für die Ueberreichung des Friedensvertrages berichtet die französische Presse folgende Einzelheiten: Clemenceau wird als Vorsitzender der Konferenz der deutschen Abordnung das Friedensinstrument persönlich überreichen. Vorher wird Clemenceau eine Ansprache halten, die etwa 10 Minuten dauern dürfte. Seine Rede wird im Gegensatz zu den diplomatischen Gebräuchen dem Grafen Brockdorff im voraus nicht mitgeteilt werden. Ob Graf Brockdorff antworten werde, sei noch ungewiß. Die Eröffnungssitzung werde sodann nach einer Dauer von 20 Minuten geschlossen werden.

Zu der Mittwochsitzung, in der der Präliminarfriedensvertrag der deutschen Delegation überreicht wird, werden zugelassen die Bevollmächtigten der Vereinigten Staaten, Großbritannien und der Dominions, Frankreich, Italien, Japan, Belgien, Brasilien, Griechenland, Portugal, Rumänien, Serbien und der tschecho-slowakischen Republik. Die Bevollmächtigten werden von je einem Sekretär für jeden der bevollmächtigten Mächte begleitet sein. Es wurde gleichfalls beschlossen, daß Vertreter der Presse zugelassen werden und zwar in einer Gesamtzahl von 30 für die Großmächte und die Dominions, zehn für die Mächte mit besonderen Interessen. Die deutsche Delegation wird durch sechs Bevollmächtigte, begleitet von Sekretären und fünf Zeitungskorrespondenten, vertreten sein.

Nach der Pariser Ausgabe der „Daily Mail" wird Ungarn vorerst nicht zu Verhandlungen aufgefordert werden, da es keine stetige Regierung besitzt, die die Entente anerkennen könne.

Wilson, Lloyd George und Clemenceau versammelten sich Montag nachmittag, um sich über die im Trianon-Palast an den Sitzungen der Konferenz getroffenen Verfügungen Rechenschaft abzulegen.

Verhandlungen werden erwartet

Berlin, 6. Mai.

Die „Deutsche Allgem. Ztg." schreibt: Ein Berliner Mittagsblatt bringt die Nachricht, daß in jedem einzelnen Falle der Friedensverhandlungen, wo es sich als notwendig herausstellen sollte, genau formulierte Gegenvorschläge unterbreitet werden, die das Höchstmaß der für Deutschland möglichen Zugeständnisse enthalten. Ob die Nachricht in dieser Form Halt[illegible], muß dahingestellt bleiben. Indessen legt die größere [illegible] Sachverständigen, die in Paris weilen und zu [illegible] sind, [illegible] nach weitere Herren hinzugezogen über die [illegible] Wahrscheinlichkeit nahe, daß die deutsche Delegation [illegible] sie aus der feindlichen Presse [illegible] Gegenentgegen zu halten. Einzelne englische Pressestimmen lassen erkennen, daß Verhandlungen auf gegnerischer Seite nicht für unwahrscheinlich gehalten werden. Ebenso liegen sonstige Anzeichen vor, daß auf deutscher Seite der Eintritt in Verhandlungen erwartet wird.

Italiens bleibende Unzufriedenheit

(Eigene Drahtmeldung der „H. Z.")

× Lugano, 6. Mai.

Die Einladung der österreichischen Delegation nach St. Germain hat in der italienischen Presse nicht die geringste Beachtung gefunden, weil sie ihre ganze Aufmerksamkeit auf die bevorstehenden Besprechungen mit der deutschen Delegation in Versailles konzentriert. Der „Corriere della Sera" bedauert in einem längeren Artikel, daß die Lage trotz der Einladung der drei Staatsmänner in Paris an die italienische Regierung noch immer nicht geklärt sei, denn dieser formelle Schritt bedinge keineswegs die Anerkennung der italienischen Ansprüche durch den Rat der Drei. Mit aller Entschiedenheit wird von den maßgebenden Blättern gefordert, daß Italien nicht übergangen werde, das Land habe ungeheure Opfer gebracht und demzufolge das Recht, an den bevorstehenden Entscheidungen als gleichberechtigter Faktor mitzuwirken.

Wie aus römischen Informationen der Mailänder Blätter hervorgeht, ist die grundsätzliche Einigung zwischen den Alliierten und Italien in der Adriafrage in der Hauptsache auf englischen Einfluß zurückzuführen.

§§ Versailles, 6. Mai.

Vorliegende Nachrichten aus dem Entente-Lager bestätigen die mit Belgien erzielte Einigkeit und die Tatsache, daß die italienischen Vertreter an der morgigen Eröffnungssitzung der Friedenskonferenz teilnehmen werden. Jedoch scheint ein Kompromiß zwischen Italien und Wilson noch nicht geschlossen zu sein. Erneute Verhandlungen über die Fiume-Frage sind notwendig. Man nimmt an, daß Balfour eine Einigungsformel gefunden habe. Darnach sollten die Südslawen einen neuzuerrichtenden Adriahafen erhalten und Italien namens des alle Annexionsgelüste bemäntelnden Völkerbundes Fiume zehn Jahre beherrschen und dann die Entscheidung der Bevölkerung überlassen.

*

Berlin, 6. Mai.

Heute abend fand, wie unser hs-Sonderberichterstatter drahtet, unter Anwesenheit der Reichsminister Erzberger, Preuß, Dernburg und Graf Bernstorff die 5. Sitzung des Friedensausschusses statt. Die Erörterungen gestalteten sich zu einer eingehenden Aussprache über unser Verhältnis zu den Ostmarken. Man stand auf dem Standpunkt, daß man nicht warten dürfe, bis uns unser Verhältnis zu Rußland von der Entente diktiert wird.

(Eigene Drahtmeldung der „H. Z.")

§§ Versailles, 6. Mai.

Zuverlässig wird mitgeteilt, daß das sogenannte Luxemburger Abkommen gestern gekündigt wurde.

Ueber die Ordnung der territorialen Fragen ist bisher keine sichere Meldung an die Deutsche Delegation gelangt.

Das „Echo de Paris" sucht jetzt noch den Versuch, die polnischen Ansprüche auf Schlesien zu rechtfertigen.

Nach dem „Radical" verlangen Straßburger Handels- und Industriekreise daß der Kehler Hafen dem Straßburger Hafen angeschlossen werde. Clemenceau soll diesen Plan begünstigen, der beutscherseits schärfste Ablehnung erfahren muß.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191905071-11/fragment/page=0001

Tafeln mit Aufschriften wie „Keinen Gewaltfrieden" getragen wurden, hielten mehrere Redner Ansprachen, und es wurde einmütig eine entsprechende Entschließung angenommen. Unter den Rednern war auch ein Sozialdemokrat; trotzdem ist das Stendaler Sozialdemokratenblatt, der „Altmärker Volksfreund" hinterher mit der Veranstaltung sehr unzufrieden. Er schreibt: „Bis dahin (bis zur Annahme der Entschließung) war gegen die Veranstaltung nichts einzuwenden, wohl aber dagegen, daß man dann entgegen getroffenen Vereinbarungen ein Lied singen ließ, das nicht mehr in die jetzige Zeit gehört. Die Sozialdemokratie hat ihre Anhänger nur unter der Voraussetzung zur Teilnahme an der Kundgebung angehalten, daß alles unterlassen wird, was irgendwelche politischen Gegensätze hervortreten läßt. Da diese Vereinbarungen nicht gehalten worden sind, wird sie es sich überlegen, ob sie in Zukunft an derartigen Veranstaltungen teilnimmt. Was dabei herauskommt, hat man ja gestern gesehen." — Die Obergenossen hatten nämlich jetzen müssen, daß auch die sozialdemokratischen Arbeiter begeistert mitsangen, als die Menge das für die Genossen verpönte Lied anstimmte. Und wie heißt dies Lied, das „nicht mehr in die jetzige Zeit gehört?" — „Deutschland, Deutschland, über alles!" Das also dürfen Sozialdemokraten nicht mehr hören! Freilich für ihre Partei, die Deutschland in Elend und Schmach gebracht hat, erweckt das Lied unangenehme Erinnerungen. Das böse Gewissen der Obergenossen ist es, das dies Lied allenthalben für immer verstummen lassen möchte.

* * *

Wiederbeginn im Preußenparlament

Ein deutschnationaler Apell zur Einigkeit

Berlin, 6. Mai.

Der zweite Vizepräsident Dr. Frentzel eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 20. Ein Antrag auf Aenderung der Geschäftsordnung zur Einführung eines dritten Vizepräsidenten wird angenommen. Zum dritten Vizepräsidenten wird der Abg. von Kries (Dn.) durch Zuruf gewählt. Es folgte die erste Etatsberatung.

Abg. von der Osten (Dn.): Wir sind ein armes Volk geworden, aber diese Deutsche scheinen sich dieser Tatsache noch nicht bewußt zu sein. Es steht zu befürchten, daß das vorhandene Defizit sich noch vergrößern wird. Im Interesse des Wirtschaftslebens darf man den Sozialisierungsbestrebungen nicht allzu weit nachgehen. Die Eisenbahn erfordert jetzt einen Zuschuß von 2,2 Milliarden. Die Betriebsverwaltungen dürfen aber nicht Zuschüsse aus den Taschen der Steuerzahler fordern, sie müssen sich doch wenigstens selbst erhalten. Angesichts der Pläne, die die Regierung auf dem Gebiete der Schule durchführen will, wird durch der Schuletat z. B. durch gewaltige Kosten für technische Neuerungen in Verbindung mit der Einführung der Einheitsschule eine außerordentliche Belastung erfahren. Infolge der Erhöhung der Barkosten hat sich in Ostpreußen eine ernste Notlage herausgebildet, weil die von der Regierung ausgestellten Bargelder hinter den Erfordernissen erheblich zurückblieben. Die Verwaltungsreform muß so ausgeführt werden, daß möglichst wenig Neues eingerichtet und eine möglichst weitgehende Vereinfachung geschaffen wird. Neuzeitliche Errungenschaften, wie Stenographie und Schreibmaschine, haben sich erst sehr langsam bei den Behörden eingeführt, das muß anders werden. Die Besetzung der freien Stellen darf nur durch solche Leute erfolgen, die etwas gelernt haben. Das Wort

„freie Bahn dem Tüchtigen"

soll nicht so aufgefaßt werden, daß für tüchtig jemand gehalten wird, der lediglich als sozialdemokratischer Agitator hervorgetreten ist. Unsere finanzielle Lage erfordert eine Regierung, die weder Furcht vor oben, noch vor unten hat. In dankenswerter Weise haben hervorragende sozialdemokratische Führer ausgeführt, daß sie vor dem 9. November Versprechungen gemacht haben, die sich nunmehr als undurchführbar erwiesen. Daß wir nahezu bankerott gestreift haben, zeigt unsere Valuta, die infolge des Streiks im Ruhrgebiet auf weniger als ein Viertel ihres Wertes gesunken ist. Leider arbeitet auch der Beamtenkörper nicht mehr mit der gewohnten Sicherheit. Zahlreiche Beamte sind von der Furcht vor dem Terror befallen und lassen sich dadurch in der Führung ihrer Amtsgeschäfte beeinträchtigen. Allen Ständen muß zugerufen werden, daß sie ihr Pflichtbewußtsein gegenüber dem Staat bewahren müssen. Dem Rätegedanken stehen viele meiner Parteifreunde nicht ablehnend gegenüber, sobald er einen gesunden Kern enthält. Das Zweikammersystem, in dem eine Kammer die Arbeit vertritt, kann außerordentlich nützlich wirken. Wir erwarten von der Regierung, daß sie keinen Frieden unterschreibt, der die Ehre des deutschen Volkes antastet (lebhafte Zwischenrufe der Unabhängigen). Ein Schuft ist der, der sich heute im eigenen Lande zankt, während draußen der Feind steht. Nur Selbstvertrauen und Arbeit können uns vor dem Untergang retten.

Abg. Schnedding (Ztr.): Die Staatsschuld wird fast 19 Milliarden betragen. Angesichts dessen muß in allen Verwaltungszweigen mit größter Sparsamkeit gewirtschaftet werden.

Abg. Dr. Heilbronn (Dem.): Unsere Zeit ist nicht dazu angetan, daß sich die Parteien gegenseitig zerfleischen. Ich begrüße daher die Form der heutigen Ausführungen des Abg. von der Osten, in der wohl alle Parteien sich zusammenfinden können. Bei der Neubesetzung der Stellen darf nicht der Parteistandpunkt entscheiden, sondern nur der Gedanke, daß der rechte Mann an die rechte Stelle kommt. Die Zwangswirtschaft muß endlich beseitigt werden und wieder dem freien Handel Platz machen.

Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr. — Kleine Anfragen, Etat.

Das „Attentat" auf Bethmann Hollweg

Ein Erpressungsversuch an dem früheren Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg beschäftigte die Strafkammer in Eberswalde. Wegen Erpressung und Betruges war der Schlossergeselle Grothe in Kupferhammer bei Eberswalde angeklagt, der kurz nach Ausbruch der Revolution bei dem früheren Reichskanzler in Hohenfinow erschien und behauptete, eine Verschwörung unter den Mitgliedern des Soldatenrates in Kiel sei im Gange, um am Kriege schuldige Männer aus der Welt zu schaffen. Einer der Verschworenen habe den Plan dem Matrosenausschuß in Kiel-Wik verraten, und nun sei er, Grothe, beauftragt, dem Reichskanzler die Warnung zu übermitteln und gleichzeitig eine Bedenkschrift zu erbitten, unter der ihm der Kieler Matrosenrat weitere Mitteilungen zugehen lassen könnte. Bethmann gab als Deckadresse die seines Administrators Höhn und ließ Grothe 100 Mk. überreichen. Wenige Tage später schrieb der Angeklagte an den Administrator ein mit dem Namen Wolf, dem angeblichen Vorsitzenden des Kieler Matrosenrats unterzeichneten Brief und teilte mit, daß das geplante Attentat in der Nacht zum 1. Dezember ausgeführt werden würde. Zum persönlichen Schutz des früheren Reichskanzlers würde Grothe nach Hohenfinow geschickt werden und man bäte, dieser Person Vertrauen und Hilfe zu gewähren. Tags darauf schrieb Grothe einen zweiten Brief, in dem er — wieder als Wolf — die glückliche Vereitelung des Attentats mitteilte und dringend um geldliche Unterstützung des Kieler liberalen Ausschusses bat.

Inzwischen hatte sich ergeben, daß eine derartige Verschwörung überhaupt nicht bestanden hatte. Als Grothe in Hohenfinow erschien, wurde er verhaftet. Die Strafkammer verurteilte Grothe wegen Urkundenfälschung zu vier Monaten Gefängnis, da der Betrug selbst nicht ausgeführt und der Angeklagte wegen versuchten Betruges nicht angeklagt war.

Der letzte Akt in München

Lewin verhaftet

Berlin, 6. Mai.

Der russische Anarchist Lewin ist im Keller eines Schwabinger Herrschaftshauses gefangen genommen worden. Verhaftet sind ferner: Silvius Geil, der frühere Volksbeauftragte für Finanzen und sein Gehilfe Männer. Die Witwe Eisners wurde ebenfalls verhaftet, weil sie in ihrer Villa einen Teil der Kommunistenführer verborgen hielt. Der frühere Präsident des Münchener Zentralrates, Nikisch, einer der Anstifter der Münchener Räteregierung, der nach dem Umschwung der Verhältnisse nach Augsburg flüchtete, ist verhaftet worden. Man fand bei ihm eine Menge belastendes Material.

Der Schaden in München soll sich nach Blättermeldungen auf mindestens eine Viertel Milliarde Mark belaufen.

München wieder ohne Außenverbindung

(Von unserem X-Sonderberichterstatter.)

Augsburg, 6. Mai.

Wie ich von zuverlässiger Stelle erfahre, ist die telephonische Verbindung sowohl mit München, wie auch mit Bamberg seit heute vormittag unterbrochen, so daß es nicht möglich war, ein genaues Bild über die augenblickliche Lage in München zu erhalten. Der Grund dieser Störung ist unbekannt. Nach den zuletzt eingetroffenen Meldungen herrscht in München im allgemeinen Ruhe. Der Bahnverkehr nach München ist noch immer gesperrt. Wie ich weiter von der Eisenbahndirektion erfahre, ist über eine bevorstehende Aufnahme des Verkehrs nichts bekannt.

Schwere Verluste bei der Pariser Maifeier

(Eigene Drahtmeldung der „H. Z.")

Rotterdam, 6. Mai.

Ein Drahtbericht aus Paris besagt, daß die Opfer an Verwundeten anläßlich der Demonstration am 1. Mai allein 482 Polizisten betrage, darunter 12 Schwerverwundete. Die Anzahl der verwundeten und toten Bürger wird nicht erwähnt.

Finnlands Selbständigkeit anerkannt

Amsterdam, 6. Mai.

„Algemeen Handelsblad" meldet aus Paris, daß die Friedenskonferenz die Unabhängigkeit Finnlands unter gewissen Bedingungen, u. a. mit einem Vorbehalt betreffs der finanziellen Verpflichtungen Rußlands, anerkannt hat.

Bankbeamtenstreik in Frankreich

Paris, 6. Mai.

Der Bankbeamtenstreik begann gestern in ganz Paris. Die meisten großen Banken haben geschlossen. Nachmittags zwangen Streikende den Crédit Lyonnais, die Schalter zu schließen, so daß der gesamte Bankverkehr ruht. Die Direktion des Crédit Lyonnais und der Société generale erklären sich bereit, mit den Streikenden zu verhandeln, lehnen jedoch die Vermittelung der Confédération Générale du Travail ab. Die Zahl der Streikenden beträgt etwa 15 000.

Louviere, 6. Mai.

Die Glasarbeiter haben den Generalstreik beschlossen. Im Streikzentrum nahm die Lage sogleich ernsten Charakter an, weil alle Oefen gelöscht wurden. Die Forderungen der Arbeiter umfassen besonders den Achtstundentag, einen Stundenlohn von zwei Francs und die Abschaffung der Nachtarbeit.

Streik der Postarbeiter?

Düsseldorf, 6. Mai.

Die Postarbeiter und Postaushelfer sind am Montag in eine Lohnbewegung eingetreten. Die in den Verhandlungen zwischen Vertretern der Postverwaltung von Düsseldorf, Essen und Duisburg und der Verbände der Postarbeiter, Postaushelfer am Nachmittag getroffene Einigung ist von den Postaushelfern und Postarbeitern in einer später abgehaltenen Sitzung abgelehnt worden. Die Versammlung beschloß vielmehr, in den Ausstand zu treten.

Warendurchfuhrverbot aufgehoben

Bern, 5. Mai.

Laut Mitteilung der deutschen Gesandtschaft in Bern hat die deutsche Regierung das Durchfuhrverbot für Waren von und nach der Schweiz aufgehoben. Für solche Sendungen sind in Zukunft deutsche Durchfuhr-Bewilligungen nur noch erforderlich, wenn die Waren für Rußland und Polen bestimmt sind oder wenn es sich um Lebensmittel handelt.

Dr. Solf über die Kolonialfrage

Genf, 6. Mai.

Staatssekretär Solf, der sich augenblicklich in Genf aufhält, erklärte dem Korrespondenten des Pariser „Intransigeant", daß er zwar als Privatmann spreche, jedoch erklären könne, daß man Deutschland, wenn man an Präsident Wilsons Programm festhalten wolle, seine Kolonien zurückerstatten müsse. Das sichere einen dauernden Frieden und ermögliche Deutschland, seine Schuld zu bezahlen und sich wirtschaftlich wieder aufzurichten. Es gestatte ihm auch, seinen Ueberschuß an Menschen nach den Kolonien abzuleiten.

Der Kompromiß von Schantung

Paris, 6. Mai.

Baron Makino erklärte in einer Unterredung die Stellung Japans. Japan habe die Absicht, die Halbinsel Schantung China mit allen Hoheitsrechten zurückzugeben. Es wolle aber die wirtschaftlichen Vorrechte für sich behalten, die Deutschland zugestanden worden waren, sowie das Recht, sich auf einem konzessionierten Gebiet in Tsinatau einzurichten. Was die Eisenbahnen betrifft, so erklärte Makino, daß die Benutzung der Eisenbahnen nur für die Sicherung des Verkehrs in Frage komme, sie sollten zu keinem anderen Zweck verwendet werden. Die betreffende Kommission werde aus chinesischen und japanischen Instrukteuren zusammengesetzt. Sie werde durch die chinesische Regierung ernannt werden.

Der Mordprozeß Liebknecht-Luxemburg

Berlin, 7. Mai.

Im großen Schwurgerichtssaale des Landgerichts I beginnen am morgigen Donnerstag die allseitig mit Spannung erwarteten Verhandlungen in dem großen Mordprozeß gegen den Husaren Otto Runge u. Gen., der die geheimnisvolle Tötung des Rechtsanwalts Dr. Karl Liebknecht und der Frau Rosalie Luxemburg zum Gegenstande hat. Aus diesem Anlaß erscheint es angebracht, auf die ganze Angelegenheit noch einmal einzugehen und in dieser Gelegenheit zugleich ein paar Daten in Erinnerung zu bringen, die für die Entwicklungsgeschichte des bevorstehenden forenzischen Dramas von Bedeutung sind. — Die beiden im Mittelpunkt dieser politisch-gerichtlichen Tragödie stehenden Persönlichkeiten haben fast zwei Jahrzehnte hindurch in der sozialdemokratischen und damit auch in der deutschen Politik eine Rolle gespielt. Was zunächst Rosa Luxemburg anlangt, so stammte diese bekanntlich einer russisch-polnischen Judenfamilie, deren Mitglieder schon in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts sich an Konspirationen gegen das Zarenregiment beteiligten. Die junge Rosalie Luxemburg wurde in der Folge eine Sendbotin der russischen Umsturzpartei, in deren Interesse sie ausgedehnte Reisen nach Deutschland, der Schweiz, Frankreich und England unternahm, um die Verbindung mit den dort befindlichen Emigranten aufrecht zu erhalten. Wie Trotzki, Lenin, Axelrod, Radek und andere russisch-jüdische Flüchtlinge war auch Rosa Luxemburg ursprünglich Nihilistin, bekannte sich jedoch, nachdem sie von der russischen Parteileitung definitiv nach Deutschland entsandt worden war, hier zunächst zu den Grundsätzen der deutschen Sozialdemokratie. Da die deutsche politische Polizei ihr trotzdem allerlei Schwierigkeiten machte, heiratete sie im Jahre 1902 den Arbeitersohn Lübeck in Berlin, um dadurch preußische Staatsangehörige zu werden. Noch am Tage der Verheiratung trennte sie sich jedoch wieder von ihrem Gatten, da sie in Wirklichkeit Beziehungen zu einem Herrn Zogiches, mit dem sie bereits seit vier Jahren in Berlin zusammenwohnte, unterhielt. Dieser war damals Korrespondent der Mehrheitsorgans „Leipziger Volksstimme" und siedelte später unter dem Namen Engelmann nach Warschau über. Der Paß, mit dem Herr Zogiches damals nach Polen reiste, war kurz zuvor einem Berliner Studenten gleichen Namens in einem Kaffeehaus von zwei polnischen Juden gestohlen worden. Auch Frau Luxemburg bediente sich bei ihren Visitenen nun Mußlands eines solchen falschen Passes, den ihr die Frau des Vorsitzenden Marische einer sozialdemokratischen Lese- und Diskutierklubs zur Verfügung stellte. Man weiß, daß Frau Rosa Luxemburg in der Folge Schriftleiterin des „Vorwärts" und später der „Leipziger Volkszeitung" wurde, daß sie aber nirgends lange aushielt, da sie überall mit ihren übertadikalen Anschauungen Anstoß erregte. Auch die russischen und deutschen Gerichte setzten sie gelegentlich längere oder kürzere Zeit fest. Zuletzt lebte sie als freie Schriftstellerin in dem Berliner Villenvorort Südende. — Auf den Parteitagen der Mehrheitssozialdemokratie trat sie häufig mit heftigen Angriffen gegen den Parteivorstand hervor, und selbst mit ihrem politischen Gesinnungsgenossen Ledebour vergankte sie sich in der politischen Frage und machte ihn zum Gespött eines Parteitages, auf dem sie ihn wegen seiner Polenfreundlichkeit „Ledebourski" taufte. Ebenso brachte sie Karl Radek für die deutsche Sozialdemokratie zur Strecke, indem sie ihm nachwies, daß er bei der Verrechnung der Gelder der polnischen Sozialistenpartei große Unterschlagungen begangen hatte. Ihr temperamentvolles Auftreten, die ironische Art, mit der sie ihre Gegner zu behandeln pflegte, ihre umfassende Bildung und Sprachkenntnis brachte ihr bald die Gefolgschaft der jugendlichen Dr. Karl Liebknecht, des Sohnes des großen sozialistischen Parteiführers, der als eitler, aber oberflächlicher Streber und unerträglicher Schwätzer der Gesamtpartei lästig fiel, die Nerven gefallen war, so daß sein und Rosa Luxemburgs Abschwenken zu den „Unabhängigen" und später zu den Spartakusmännern wie eine Erlösung begrüßt wurde, zumal mit ihnen der gesamte russisch-jüdisch-polnische Trotz der alten Sozialdemokratie sich zu dem Rücken kehrte. Von da an waren die beiden unzertrennlich und organisierten die Berliner und später auch die spartakistischen Putsche im Reiche. Sogar Karl Radek, der in dem unterdessen bolschewistisch gewordenen Rußland die rechte Hand der Trotzki und Lenin geworden war, fand wieder Gnade vor ihren Augen. Selbstverständlich konnte sich die neue deutsche Regierung das offenkundig auf ihren Sturz hinarbeitende Treiben Liebknechts und Rosa Luxemburgs nicht gefallen lassen, und als in den Straßen Berlins infolge dieses Treibens Blut zu fließen begann, wurden vor allem Liebknecht und Rosa Luxemburg in militärgerichtliche Untersuchung genommen. Die Einzelheiten ihrer Festnahme und ihrer Ueberführung in das Hauptquartier des Regiments im Eden-Hotel am Zoologischen Garten in Berlin sind noch in frischer Erinnerung. Ebenso ist bekannt, daß bei der Abführung der beiden aus dem Hotel bisher völlig ungeklärte Vorgänge sich abgespielt haben, die schließlich zu Liebknechts Erschießung in einem abgelegenen Teil des Berliner Tiergartens führten, während Frau Rosa Luxemburg bereits beim Verlassen des Hotels durch Kolbenschläge getötet und ihre Leiche beseitigt wurde. In bezug auf Liebknecht hieß es zuerst, daß er einen Fluchtversuch unternommen habe und dabei ums Leben gekommen sei, während Frau Rosa Luxemburg von einem unbekannten, auf das Trittbrett ihres Automobils aufspringenen Manne erschossen worden und ihre Leiche dann beim Durchqueren des Tiergartens von ihren eigenen Anhängern herausgeholt und fortgeschafft sein sollte. Dr. Liebknecht wurde einige Tage später unter großem Zulauf seiner Anhänger zur Grabe getragen, während die Leiche Rosa Luxemburgs bis heute trotz aller Nachforschungen nicht gefunden worden ist. Es wurde dann eine Untersuchungskommission eingesetzt, zu der auch Mitglieder des Zentralrats und des Vollzugsrats hinzugezogen wurden, die aber später ausschieden, weil die Regierung es ablehnte, die an der Tötung beteiligten Personen vor ein ordentliches Zivilgericht zu bringen und verschiedene namhaft gemachte Mittäter und Beihelfer in Haft zu nehmen. Die Untersuchung ist inzwischen vom Gericht der Garde-Kavallerie-Schützen-Division zu Ende geführt und nunmehr Anklage erhoben worden. Es kam drei Wochen nach Festnahme des Hauptäters zur Verhandlung gelangt. Als Haupttäter, und zwar in bezug auf die Tötung der Frau Rosa Luxemburg wird bekanntlich der Husar Otto Runge betrachtet, der sich fast unmittelbar nach der Tötung Liebknechts und Rosa Luxemburgs von seinem Truppenteil entfernte und mehrere Monate lang unter falschem Namen in Ostpreußen herumtrieb, bis es gelang, ihn bei einer Grenzschutzkompagnie festzunehmen. Mit ihm zusammen sind wegen Mordes, Mittäterschaft bzw. Beihilfe, Duldung straffarer Handlungen, Begünstigungen usw. gemäß den einschlägigen Bestimmungen des Militär-Strafgesetzbuches angeklagt: der Kapitänleutnant Horn, der Oberleutnant z. S. Heinrich Stumm, der Oberleutnant z. S. Ulrich von Riegen, der Leutnant z. S. Bruno Schulze, der Leutnant d. Res. Rudolf Liepmann, der Gymnasiast Heinz v. Pflugk-Hartung, der Oberleutnant Kurt Vogel und der Hauptmann d. L.-Z. Franz Weller. In bezug auf den Hauptmann Weller ist inzwischen bekannt geworden, daß er infolge einer schweren Verwundung nicht ganz zurechnungsfähig sein soll. In bezug auf die übrigen Angeklagten wird angenommen, daß sie mit den Verabredungen zu den beiden Mordtaten unterrichtet gewesen seien, bzw. nichts unternommen hätten, um den Untergebenen den gefaßten Plan wieder auszureden. Die Untergebenen sind inzwischen entlassen und werden sich demnächst vor einem Zivilgericht zu verantworten haben. Zu der gegenwärtigen Verhandlung sind insgesamt 69 Zeugen und 4 Sachverständige geladen. Unter der Anklage vertritt Kriegsgerichtsrat Jörns. Der Vorsitz führt General v. Hoffmann. Ueber die Vorsichtsmaßregeln sind besonderen Vorsichtsmaßregeln statt-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191905071-11/fragment/page=0002

Halle und Umgebung

Halle, 7. Mai.

Die Zwangswirtschaft

Die Politik des Stadternährungsamtes.

Ein hiesiger größerer Händler schreibt uns:

„Einsender Dieses hat von seiner holländischen Seefisch-Sendung ein Schreiben erhalten, worin sie sich erbietet, der hiesigen Gemeinde Seefische waggonweise in Kommission zu liefern, sobald die Blockade aufgehoben ist und mir die Einfuhrerlaubnis genehmigt wird. Ich habe dieses wohlwollende Angebot der Firma der Gemeinde unterbreitet. Das Angebot der Stadternährungsamt scheint der Sache jedoch interessenlos gegenüberzustehen, da ich seit vorigem Montag, dem 28. April, jeden Tag ohne jede Nachricht bin, ob die Stadt akzeptiert oder nicht. Im Interesse der hiesigen Bürger werde ich nunmehr beim Magistrat versuchen, unter so günstigen Bedingungen Einfuhrerlaubnis zu erwirken und dann die hiesigen Fischgeschäfte mittelbar mit genügend Seefischen beliefern, welche ohne Zweifel zu haben sind. — Hausfrauen! Die Aufhebung der Blockade ist täglich zu erwarten. Erhebt Protest gegen die Zwangswirtschaft! Eine Anzeige wird Euch demnächst bekannt werden, wo Ihr Gelegenheit habt, öffentlich zu der Frage Stellung zu nehmen. Im Anschluß hieran wird zu einer großen Protestversammlung gegen die staatliche Zwangswirtschaft einladen werden."

*

Soweit die Zuschrift. Daß der Widerwillen und das Mißfallen gegen die Unfruchtbarkeit der Zwangswirtschaft sich in immer scharferen Formen ausspricht, läßt sich aus den Aeußerungen nicht allein der volkswirtschaftlich einsichtigen und bedächtigen Presse, sondern auch aus immer häufiger laut werdenden Protesten und Protestaufforderungen aus Händler- und Konsumentenkreisen folgern. In einer Düsseldorfer Zeitung beispielsweise lesen wir nachstehenden temperamentvollen, jedoch dabei aber gewiß nicht weniger beachtlichen Aufruf: „Aufrüttelung! Hausfrauen! Düsseldorf schwimmt in Seefischen! Warum? Weil der freie Handel, die seit Jahren bestehenden Düsseldorfer Fischhändler, die Versorgung Düsseldorfs mit Seefischen und Heringen in die Hand genommen haben. An Ort und Stelle, fast in jedem Geschäft sind frische Fische zu bekommen. Hausfrauen! Für die Folge sollt Ihr keine Fische mehr haben: der Reichs-Fischkommissar will Euch weiter am Narrenseile nasführen lassen. Er hat sämtliche Bahnhöfe längs des vom Feinde besetzten Gebietes durch Kontrolleure besetzen lassen, damit keine Fische, die die alten bekannten Fischhändler besorgen, mehr hereinkommen, sondern sollen einer Beschlagnahme verfallen. Der Herr Reichs-Fischkommissar hat scheinbar die Angst, daß der freie Handel ihm das Geschäft aus der Hand nimmt und er dadurch seiner Stellung verlustig wird. Hausfrauen! Warum haben wir keine Seefische? Weil die fischliefernden Länder, Holland und Skandinavien, sich weigern, Deutschland mit sog. Einfuhrgesellschaften, wie die J. G. G. und die Reichs-Fischversorgung (Reichs-Fischkommissar) zu beliefern. Das neutrale Ausland will nur mit dem alten legitimen Handel die Versorgung mit Nahrungsmitteln aufrecht erhalten."

*

Von ganz besonderem Interesse sind in diesem Zusammenhange nachstehende Mitteilungen eines norwegischen Exporteurs, die durch Vermittlung eines bekannten Hallenschen Großkaufhauses zum Abdruck zur Verfügung stehen. Ein Norweger schreibt unter dem 9. April 1919 seinem Vertreter einen Brief, aus dem folgendes zu entnehmen ist: „Ich erlaube mir, Ihnen beigefallten meine neueste Preisliste zu übersenden und teile Ihnen ergebenst darüber mit, daß ich eventl. auch bereit bin, deutsche Schecks in Zahlung zu nehmen, falls es nicht anders sein sollte, dort Kronen bezw. Devisen zu beschaffen. Es besteht immer noch die Blockade, es ist aber mit einiger Sicherheit zu rechnen, daß dieselbe bestimmt in allernächster Zeit aufgehoben wird, wenigstens erhielt ich gestern ein Telegramm aus London, daß die offizielle Aufhebung der Blockade bevorstehe. Inwieweit dieses zutrifft, muß man natürlich abwarten. Es treffen ist hauptsächlich, daß freier Handel kommt, daß Privat zu Privat, und daß nicht wieder irgendwelche regierungsseitige Maßnahmen in Deutschland getroffen werden, wodurch der Handel nur erschwert, statt erleichtert wird. Hier in Norwegen sind energische Bestrebungen im Gange, evtl. an solche regierungsseitig interessierte Aemter gar nicht zu liefern. Sie können sich denken, daß wir hier in Westnorwegen kolossal große, enorme Läger haben, die baldigst geräumt werden müssen, und wovon leider täglich ein sehr großer Teil verdirbt und zu Guano verarbeitet werden muß. Das ist sehr bedauerlich."

Das amerikanische Schweinefleisch

Unter dieser Ueberschrift wurde in Nr. 212 vom 5. d. Mts. der „Halleschen Zeitung" darauf hingewiesen, daß wegen des „Trichinengerüchts" sich viele Leute haben abhalten lassen, den Schweinespeck roh zu genießen. Hierzu wird uns folgendes geschrieben:

Für die Uebertragung der Trichinen auf den Menschen ist von größter Wichtigkeit die Form, in der das Fleisch genossen wird, denn die in dem Fleisch enthaltenen Trichinen können durch äußere Einflüsse und bestimmte Zubereitungsarten getötet werden. Die gewöhnliche Räucherung ist, namentlich bei größeren Fleischstücken, in bezug auf die Abtötung der Trichinen unzuverlässig. In stark gesalzenen Fleischstücken sterben die Trichinen in oberflächlichen Schichten in etwa 14 Tagen, in den tiefer gelegenen Teilen, je nach der Stärke der Fleischstücke, aber erst nach Wochen und Monaten ab. Schneller schon vernichtet die Austrocknung die Trichinen. Ein absolut sicheres Mittel zur Tötung derselben ist jedoch die Anwendung höherer Temperaturen, denn die Trichinen sterben unfehlbar, wenn die Erhitzung des Fleisches 62—70 Grad erreicht hat. Trichinenhaltiges Fleisch ist mithin als unschädlich zu bezeichnen, wenn es auch in den unneren Schichten grauweiß verfärbt ist, und der von frischen Schnittflächen abfließende Saft keine rötliche Farbe mehr besitzt. Dann ist der Beweis erbracht, daß das Fleisch auch in den zentralen Schichten auf mindestens 80 Grad erhitzt worden ist. Die Geschichte der Trichinenepidemien zeigt, daß diese ausschließlich durch den Genuß rohen oder ungaren Fleisches hervorgerufen werden.

Da der Genuß rohen oder nur angebratenen Fleisches in unserer Provinz sehr verbreitet ist, empfiehlt es sich in Verdachtsfällen dringend, derartiges Schweinefleisch nur in gründlich gekochtem oder gebratenem Zustande zu verspeisen.

Auch der Genuß des Fettes ist nach erfolgtem Ausschmelzen desselben völlig unbedenklich.

Im übrigen bleibt zu beachten, daß das jetzt aus Amerika eingeführte Schweinefleisch vor der Freigabe der amtlichen Trichinenschau unterzogen wird. Prof. Dr. Raebiger.

Einigung im Halleschen Buchdruckgewerbe

Die Lohnbewegung der hiesigen Buchdrucker hat erfreulicherweise zu einer Einigung geführt. Die Vertretung der Halleschen Prinzipalität und Gehilfenschaft hat vor dem Tarifamte in gesonderter Beratung über eine von der Gehilfenschaft aufgestellte Forderung auf Gewährung einer neuen Teuerungszulage von wöchentlich 17 Mark sich wie folgt verständigt:

„Die Prinzipalität erklärt sich bereit, allen Gehilfen ab 27. April eine neue Teuerungszulage von 12 Mark zu zahlen. Diese Zulage wird mit einer vom Tarifausschuß zu beschließenden allgemeinen Teuerungszulage verrechnet. Eine etwaige Differenz zwischen allgemeiner und örtlicher Zulage würde die Prinzipalität ab 27. April nachzahlen. Die Gehilfenschaft zieht gleichzeitig ihren Antrag auf Verkürzung der Arbeitszeit zurück."

Eine gestern abend von etwa 500 Gehilfen besuchte Versammlung stimmte der obigen Vereinbarung zu.

— **Der Entwurf über die Aufhebung der Ortsschulinspektionen** ist der preußischen Landesversammlung zugegangen. Er bestimmt, wie schon gemeldet, daß das Amt des Lokalschulinspektors aufgehoben wird und die Schulaufsichtsbehörden befugt sind, die bisher den Lokalschulinspektoren obliegenden Geschäfte, soweit sie nicht wegfallen können, auf Behörden oder einzelne Fachleute zu übertragen. Das Gesetz tritt am 1. Oktober d. Js. in Kraft. In der Begründung wird ausgeführt, daß die früher infolge der Entfernung und des Mangels an guten Verkehrsmitteln recht schwierige Beaufsichtigung der Schulen jetzt wesentlich erleichtert sei und die Ausbildung der Lehrerschaft sich vertieft habe. Es erscheint daher entbehrlich, neben der Kreisschulinspektion noch eine besondere Ortsschulaufsicht beizubehalten. Die jüngeren Lehrer, die noch der Anleitung bedürfen, sollen an Schulen beschäftigt werden, die von erfahrenen Lehrern geleitet werden. Wo dies nicht durchführbar ist, werden besondere Schulmänner als Organe des Kreisschulinspektors diese Anleitung übernehmen.

— **Ueber die Kohlenversorgung** sind immer noch ganz falsche Ansichten verbreitet. Zunächst sei nochmals klar gesagt, daß die Kohlenversorgung sich von der Lebensmittelversorgung grundsätzlich dadurch unterscheidet, daß beispielsweise Butter, Fleisch, Brot, Kartoffeln und anderes mehr an die Stadt geliefert, und von ihr verteilt wird, mit oder ohne Zuhilfenahme des Handels ist dabei ziemlich unerheblich für den Verbraucher, die Hauptsache bleibt: vorhandene Mengen werden einfach verteilt auf den Kopf der Bevölkerung. Bei der Kohle ist es anders: Die Kohle ist nicht beschlagnahmt wie Getreide, Kartoffeln, Fette und so weiter; die Stadt bekommt keine Kohle zum Verteilen, sie gibt nur Scheine aus, die berechtigen, Kohle im freien Handel zu kaufen, wie es bei Kleiderstoffen, Schuhen ähnlich ist. Wieviel Kohlen jedesmal zur Verfügung stehen, ist ungewiß; je weniger große Mengen also auf einmal mit Scheinen ausgegeben werden, desto eher ist es zu erwarten, daß die geringen Mengen auch in absehbarer Zeit geliefert werden können. Vorhanden, einfach zum Verteilen sind sie überhaupt niemals. Kohlen werden auch nicht nur von Haushaltungen, sondern in beinahe der gleichen Masse auch von Gewerben und Anstalten verbraucht. Bei 50 000 Haushaltungen in Halle sind auf die 5 Zentner-Karte allein 250 000 Zentner oder 12 500 Tonnen Briketts nötig; eine Menge, zu deren Einfuhr unter Berücksichtigung des Gewerbeverbrauchs allein bei der jetzigen Zuteilung durch den Reichskommissar 2 Monate mindestens notwendig sind, d. h. es kann die Hälfte der Einwohnerschaft gar nicht damit rechnen, daß sie vor Ablauf von 4—6 Wochen die 5 Zentner im Keller hat. Wollte aber jeder für sich gleich 20—30 Zentner oder noch mehr, dann dauerte es ein Jahr lang, bis der letzte Haushalt daran kommt. Solche einfache Ueberlegungen sollten jeden abhalten, mehr zu verlangen, als eben mit Rücksicht auf die Allgemeinheit gegeben werden kann. Das Beste ist: abholen zentnerweise.

Jedenfalls können aber die vielen Wünsche, die über die Möglichkeiten der Verordnung hinausgehen, nicht berücksichtigt werden und wir möchten den guten Rat geben, im Besitz des neuen Kohlenscheins, zunächst sich diese 5 Zentner zufahren zu lassen, wenn es solange Zeit hat, oder sie im Einzelnen abzuholen und ruhig zu warten, bis weitere Scheine ausgegeben werden. Diese Ausgabe wird jetzt je nach dem Fortgang der Lieferungen fortgesetzt.

— **Vom Landesjägerkorps Maercker.** Aus Naumburg wird gemeldet: Am Sonnabend nachmittag traf mit dem Zuge 4,15 Uhr wiederum eine Kompagnie vom Landesjägerkorps Maercker von Apolda her in Naumburg ein, nachdem bereits am Freitag ein Truppeneinzug vorangegangen war. Diesmal handelte es sich um diejenige Kompagnie, die den Stamm für die Ausbildung der Rekruten bilden soll. In kürzester Zeit, vielleicht schon heute, folgen die Rekruten, denn unsere Stadt soll bekanntlich ein Rekrutendepot als Garnison erhalten. Die gestern in Naumburg angekommenen Mannschaften sind die eigentlichen Jäger, während die Artillerie schon hier ist. Auch eine Maschinengewehrkompagnie mit etwa sechs Geschützen wird errichtet, so daß hier zusammen vier Kompagnien stehen werden und eine Batterie Artillerie mit ihren Geschützen. Die älteren, ausgedienten Mannschaften sind schon entlassen oder auf die anderen Abteilungen der Division verteilt worden, die aus zwei Brigaden besteht. — Die Regimentsmusik des Feldartillerie-Regiments 55 mit Obermusikmeister Korsten an der Spitze ist zum Landesjägerkorps Maercker übergetreten.

— **Eisenbahnverkehr.** Von heute, Mittwoch, an fährt der Zug 437 Magdeburg—Halle wieder nach Leipzig; der Zug geht 4,30 Uhr von Halle ab. Ferner fährt von heute an der Zug 468 Halle—Magdeburg wieder von Leipzig aus; der Zug geht 1,38 Uhr von Halle nach Magdeburg ab.

*

— **Kammermusikabend.** Wenn man aus dem Konzertleben größerer Städte die Aufführungen Brahmsscher Werke einmal zusammenstellte, so würde sich eine erstaunliche, der Gegenwart zu mehr und mehr anwachsende Anzahl derselben ergeben, und zwar nicht allein auf dem Gebiete des Liedes, das der große Meister so gewaltig bereichert hat, und ohne welches kaum ein Konzertsänger seine Auswahl trifft, sondern auch auf dem der Orchester-, Klavier-, Chor- und Kammermusik. Ueberall schlagen die herrlichen Tonschöpfungen tiefe Wurzeln und sichern sich ihre feste Gemeinde. Auch in unserer Stadt. Und doch hätte man den reinen, seltenen Genuß, den auch der zweite Brahmsabend von Professor Fritz von Bose und Walter Davisson bot, gern mit noch mehr andächtigen Hörern geteilt. Eine auserlesene Vortragswahl! Hat die leichtbeschwingte A-dur-Sonate op. 100 mit ihrer innigen Schönheit melodischer Gestaltung und ihrer heiteren behaglichen Ruhe wenig ihresgleichen in der Literatur der Violinsonaten —, bekannt darin ist die Verwendung des „Preislied"-Motivs —, so liegt der viersätzigen D-moll, op. 108, die Hans v. Bülow gewidmet ist, eine tiefere, leidenschaftliche Stimmung zu Grunde, die in ihren Höhepunkten eine überwältigende Wirkung hat, hinreißend in ihrem Schwung. Ein seltener gehaltes Stück des Kammermusikers Brahms ist das Es-dur-Trio op. 40 für Klavier, Violine und Waldhorn (oder für Bratsche und Violoncello). Eigenartig und poetisch sein empfunden mutet das Adagio an, während das Finale in lustigen Sprüngen wie eine tolle Jagd dahinsaust, alles mit sich reißend: Allegro con brio.

Alle drei Werke erfuhren eine vollendete Wiedergabe durch die Spieler: Fritz von Bose (Klavier), Walter Davisson (Violine), Arno Rudolph (Horn). Alle Vorzüge edlen Zusammenspiels fanden sich hier zu einer idealen Leistung

---

Nachdruck verboten.

Die Referendarin

Roman von Carl Busse

„Beinahe wär' ich eingeduselt," sagte nach einer weiteren Viertelstunde Peter Körner und schüttelte die Schläfrigkeit ab. „Ausgeschlafen, Ju?"

Sie nickte. Mit dem Kopfe hatte sie sich gegen die Verstrebungen der Laube gelehnt, daß der Haarknoten sich ein wenig verschoben hatte. Sie zog einen kleinen Spiegel und ein Kämmchen vor und brachte flink alles wieder in Ordnung.

„Es ist Zeit, Toilette zu machen," nickte er und fuhr mit den Fingern durchs Haar.

„O du Struwelpeter," lachte sie. „Warum trägst du den Scheitel? Ein Offiziersscheitel müßte dich gut stehen. Wart mal . . . bleib sitzen!"

Sie stellte sich dicht vor ihn hin und fuhr mit dem Kämmchen durch sein widerspenstiges Haar.

„Halt still," sprach sie, als er zuckte. „Du sollst mal sehen, wie fein das wird!"

Er schloß er die Augen. Er spürte den Duft der blühenden roten Nelken an ihrer Brust, er fühlte, wie ihr Atem ihn streifte bei jeder Bewegung, die sie machte. Sie machte den Scheitel zu ziehen; mit unendlicher Mühe, kämmte und nur damit beschäftigt, kämmte sie das Haar links und rechts zur Seite.

„Es wird schon," triumphierte sie. „Nun siehst du aus wie ein Leutnant in Zivil. Da — guck!"

Sie hielt ihm den kleinen Spiegel vor. Er besah sich. „Großartig, Ju!" Und mit dem Arm zog er sie plötzlich an sich heran, daß sie auf seinem Schoß saß.

Sie fuhr auf. Sie wehrte sich.

„Was denn, Kleinchen?" fragte er erstaunt.

Da war sie still. Fast eine Minute lang. Blutrot saß sie.

Doch plötzlich sprang sie empor.

„Struwelpeter! Struwelpeter!" Und mit lautem Lachen, das all ihre Verlegenheit decken sollte, fuhr sie ihm mit beiden Händen durch die Tolle, die sie so mühsam selbst gemacht, und verwirrte sein Haar und lief noch immer lachend aus der Laube hinaus. Ueber Santan, der vorm Eingang lag, sprang sie hinweg.

Er war etwas verblüfft.

„Kindskopf!" brummte er und strich das Haar wieder leidlich glatt. „Was hast du denn?"

„Nichts," erwiderte sie, ohne ihn anzusehen. Doch nach einer Pause wandte sie sich ihm zu: „Du warst auch ein anderer so, Peter . . . nicht der, der mich lieb hat. Du sollst so sein, wie du bist."

Sie riefen die Wirtin, die gerade über den Hof ging, bezahlten, und machten sich, nachdem Ju ihre Vogelschutztasse ausgespült und verpackt hatte, auf den Heimweg.

Es war jetzt im Walde schon lebendiger. Die Sonnenstrahlen fielen schon schräg und glitten die Stämme entlang; die Eichkatzen, die in der Mittagsglut in verlassenen Krähennestern oder Baumlöchern gerastet hatten, suchten sich bereits die Nachmittags- und Abendration.

Alle Augenblicke entdeckte Satan einen der zierlichen Räuber. Dann wollten sich Peter und Ju immer krank lachen. Die Dogge, mit erhobener, hin- und herpeitschender Rute, raste von Baum zu Baum, stellte sich winselnd an den Stämmen in die Höhe, machte die wunderlichsten Sprünge, tanzte auf den Hinterbeinen und schien todunglücklich zu sein, daß sie nicht fliegen und klettern konnte. Mit dem leisen Pfeifen der Angst äugten die Kätzchen dann wohl auf den mächtigen Köter hernieder, der sich gar nicht beruhigen wollte und zu seinem Herrn zurückraste, um ihm sein Leid zu klagen.

„Katzen aller Art sind seine Feinde", sagte Peter Körner und streichelte ihn zum Trost. Er mußte an seinen Einzug in Großkirchen denken. Und plötzlich fiel ihm noch etwas anderes ein.

Vor zwei Tagen war er mittags im Laden bei Ju gewesen. Plötzlich hatte sie nach draußen geblickt und war zusammengeschrocken.

Er hatte sich gleichfalls umgedreht. Aber er bemerkte nichts Absonderliches. Nur daß draußen Satans alte Freundin, das Katzenluischen, mit dem gelben, zerknitterten Vogelgesicht vorüberging. Sie hatte eine triumphierende Miene aufgesetzt, als wär ihr eine große Freude widerfahren.

Ernst, fast bange und verstimmt, hatte Ju vor sich hingesehen. Er hatte fragen wollen — da kam ein neuer Kunde, und er mußte gehen.

Er hätte das vergessen, wenn es ihm nicht eben jetzt, als sein Hund die Eichkatzen jagte, wieder eingefallen wäre.

Als er Ju nach dem Grunde ihrer damaligen Verstimmung fragte, merkte er, daß ihr das Thema unlieb war. Aber nun war er neugierig. Er quälte so lange, bis sie es ihm sagte.

„Das Katzenluischen," sprach sie, „ist ein böser Mensch. Kein Mädchen sieht sie gern. Wenn zwei glücklich sind, dann geht sie vorbei mit finsterem Gesicht . . . das gönnt sie keiner. Weil sie selber ne alte Jungfer geblieben ist. Man sagt, ihr Bräutigam habe sie sitzen lassen. Und seitdem ist sie giftig auf jedes Glück."

Ju sah, während sie das erzählte, zur Seite. Sie setzte ein paarmal an, ehe sie fortfuhr.

„Wenn's aber aus ist und die Liebe vorbei und ein armes Mädel dasitzt, dann kommt sie. Sie will trösten, sagt sie. Aber ihr ganzes Gesicht strahlt. Sie triumphiert darüber, daß es wieder einer so gegangen ist wie ihr."

Kurze Zeit blieb es still.

„Das ist ja eine Seele von Mensch," sprach Peter in das beklommene Schweigen.

Ju nickte.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191905071-11/fragment/page=0003

bewältigt: straffe rhythmische Durchführung im ganzen wie im einzelnen, bestimmt und groß im Ausdruck, auch in der fließenden weichen Melodieführung, die durch den wundervoll sanglichen, eindringlichen Ton, den Walter Davisson seiner Geige zu geben weiß, zu schönster Geltung kam und durch das meisterhafte Klavierspiel Fritz v. Bosos in glänzender Form ergänzt und gehoben wurde. Der war keine Stelle in den Sonaten, die einen Zweifel in ihrer künstlerischen Aufführung zuließe, überall war der gedankliche Inhalt erschöpft. Bei dem Trio konnte man wieder bemerken, wie gut sich der Ton des Waldhorns dem des Klaviers anpaßt, zumal wenn er so zu Gehör kommt, wie durch die gereifte Kunst Arno Rudolphs vom Gewandhaus-Orchester in Leipzig. Gedämpft und vornehm, ohne jedes Nebengeräusch entquollen die Töne dem Instrument, so daß auch der Vortrag dieses Werkes sich zum ungetrübten Genuß gestaltete. Wir begegnenen diesem Künstler hoffentlich bald wieder in unseren Konzertsälen und sehen der Veranstaltung des dritten Brahmsabends mit Freude entgegen. M. Steinecke.

Provinz Sachsen

tz. **Torgau, 6. Mai.** (Geh. Regierungsrat Wiesand †.) **Infolge Schwermut hat der Landrat unseres Kreises, Geheimer Regierungsrat Wiesand, durch Erschießen seinem Leben ein Ende gemacht.**

R. **Dessau, 6. Mai.** (Beendigter Streik.) **Nach einer Drahtmeldung unseres R-Mitarbeiters ist der vor einigen Tagen infolge von Lohnstreitigkeiten ausgebrochene Streik der hiesigen Holz- und Bauarbeiter heute beendet worden.**

l. **Zerbst,** 6. Mai. (Eine Butter- und Fettdemonstration) großen Stils veranstaltete heute die hiesige industrielle Arbeiterschaft, indem sie um 11 Uhr die Arbeit niederlegte und vor das Rathaus zog. Eine Deputation forderte vom Magistrat eine Verbesserung der hier jammerhaft geringen Butter-, Fett- und sonstigen Lebensmittelrationen. Die Bevölkerung ist insbesondere entrüstet darüber, daß das hiesige Militär angeblich mehr Fett und Butter täglich bekommt als andere Bürger für die ganze Woche. Der Magistrat sagte sofortige Schritte beim Landesernährungsamte zu, um die Lage zu bessern. Der Demonstrationszug löste sich darauf in Ruhe auf.

l. **Zerbst,** 6. Mai. (Die Spargelsaison) hat hier mit dem gestrigen Montag offiziell begonnen. Der Verein Zerbster Spargelzüchter hat seine neue Verkaufszentrale in der Friedrichstraße eröffnet. In verzweifelten Plantagen ist schon hie und da etwas Spargel gestochen worden, doch ist der Boden noch zu kalt, um für die nächsten Tage schon ein nennenswertes Marktangebot an Spargel erwarten zu lassen.

— **Gera,** 5. Mai. („Künstlerburg Osthüringen".) Unter dem Namen „Künstlerburg Osthüringen" hat sich hier eine Vereinigung der bildenden Künstler gebildet, die die Kunstverschaft Ostthüringens zu einer wirtschaftlichen Organisation zusammenschließen will. Geplant werden gemeinsame Ausstellungen, Wanderausstellungen, Künstlerfeste, Schaffung einer Bibliothek und Lesehalle, Kranken- und Unterstützungskasse usw.

tzk. **Weida,** 6. Mai. (Ein aufregender Vorfall) ereignete sich in einem hiesigen Café. Als die 18jährige Tochter des Schneidermeisters K. dort Einkehr gehalten hatte, erschien bald darnach ihr Liebhaber, ein Unteroffizier des hier liegenden 172er J.-R., und schoß dem Mädchen eine Kugel in den Kopf. Alsdann richtete er die Waffe gegen sich selbst. Beide jungen Leute waren so schwer verletzt, daß sie alsbald starben.

„H.J." Sportberichte

— **Geländelauf.** Bei dem am Sonntag in M.-Mansfeld vom Fußballklub „Viktoria" veranstalteten 4,5 Kilometer-Geländelauf errangen vom Fußballklub „Wacker"-Mansfeld folgende Spieler Preise: Arthur Gäbelein, Walter Hammerschmidt und Willy Trümpler.

— **Eine Turn- und Sportvereinigung Nordhausen a. H.,** bestehend aus 15 Vereinen, hat sich als Ortsgruppe des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen gebildet. Vorsitzender ist Turnlehrer A. Kunze. — In Windecken, Kreis Hanau, ist ein Ortsausschuß für Leibesübungen gebildet worden. Ein gleicher Ausschuß entstand in Neu Isenburg.

— **Die Arbeitsgemeinschaft der Erfurter Turn- und Sportvereine** hat den Beschluß gefaßt, die Aufgaben einer Städtegruppe des Reichsausschusses für Leibesübungen zu übernehmen. Der Arbeitsgemeinschaft gehören die Vereine für Leibesübungen aller Richtungen ausnahmslos an.

— **Der Fußball-Städtekampf Wien-Berlin** wird schon am 25. Mai in Wien stattfinden und das Rückspiel in Berlin im Oktober.

— **Kynologie.** Der bedeutendste Kynologe Thüringens, Kaufmann und Fabrikant Otto Göllner-Apolda, ist gestorben. Als Züchter der Dobermänner ist Göllner in weitesten Kreisen bekannt geworden, viele hohe Preise sind seiner Zucht zugefallen. Auch auf dem Gebiete der Geflügel- und Ziegenzucht hat Göllner Hervorragendes geleistet.

Volkswirtschaft

Nachdruck der mit einem * versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet

Kaliausfuhr nach Amerika

Was Fachleute der Kaliindustrie während der Kriegsjahre vorausgesagt haben, ist jetzt eingetreten. In den Vereinigten Staaten war infolge des Aufhörens der deutschen Kaliein fuhr eine eigene Kaliindustrie unter Aufwendung bedeutsamer Mittel ins Leben gerufen. Ihre Erzeugung steigerte sich im Laufe der Kriegsjahre so weit, daß etwa der vierte Teil des früheren Gesamtbedarfs gedeckt werden konnte. Selbstverständlich waren die Kalisalze erheblich teurer als die früher aus Deutschland eingeführten. Hauptproduktion stammte aus Nebraska, wo das Kali aus Seen von Salzlake gewonnen wurde, und aus dem Searles-See in Kalifornien. Geringere Mengen wurden auch aus Seetang gewonnen. Als nun mit Beginn des Waffenstillstandes die Wiedereröffnung der deutschen Kaliein fuhr in Aussicht stand, wollten die amerikanischen Landwirte die teueren heimischen Produkte nicht mehr kaufen. Infolgedessen haben sich, vor allem in Nebraska große Vorräte angesammelt, die keinen Absatz finden. Die Landwirte rechneten bereits für das Ackerbaujahr 1919 mit der Einfuhr von elsässischem Kali. Die Folge davon ist, daß die amerikanischen Kalifabriken jetzt den größten Schwierigkeiten gegenüberstehen, einige Betriebe sind bereits stillgelegt. Nun ist allerdings von amtlicher amerikanischer Seite mitgeteilt, daß für das laufende Wirtschaftsjahr Kalisalze aus dem Elsaß nicht verfügbar sein werden, weil Frankreich die Erzeugung selbst brennend gebrauche. Man hat deshalb eine Kommission nach Frankreich entsandt, um die Verhältnisse der elsässischen Kaliindustrie an Ort und Stelle zu prüfen. Danach scheint also die Landwirtschaft der Vereinigten Staaten in erster Linie ihren Bedarf aus dem Elsaß decken zu wollen. Beachtenswert ist außerdem, daß einem Senatsausschuß für Verkauf ein Gesetzentwurf vorliegt, der die Bestimmung enthält, daß eine Einfuhrerlaubnis für fremdes Kali nur unter der Bedingung des Ankaufs bestimmter Mengen des heimischen Erzeugnisses erteilt werden soll. Dadurch würde naturgemäß der Bezug von deutschen Kalisalzen beeinträchtigt. Es war aber von vornherein damit zu rechnen, daß die Vereinigten Staaten ihre mit großen Mitteln ins Leben gerufene Kaliindustrie bei der Wiedereröffnung der deutschen Einfuhr in irgend einer Form schützen würden. Am Leben erhalten läßt sich allerdings die dortige Kaliindustrie unter keinen Umständen, da sie auf die Dauer gegenüber dem deutschen Wettbewerb nicht konkurrenzfähig wäre.

Geldmarkt und Banken

Günstiger Verlauf des Hagelversicherungsgeschäftes im Jahre 1918. Der Verband der Deutschen Hagelversicherungs-Aktiengesellschaften berichtet: Nachdem die Geschäftsberichte sämtlicher größeren Hagelversicherungsgesellschaften für das vergangene Jahr erschienen sind, läßt ein Gesamteindruck erkennen, daß 1918 rund 20 Millionen Mark Entschädigungen einschließlich Abschätzungskosten an die deutsche Landwirtschaft zur Auszahlung gelangten. Das verflossene Geschäftsjahr ist somit als günstig anzusprechen, wenn auch einzelne Gegenden nicht unwesentliche Hagelschäden zu erdulden hatten. Die Prämien waren wie im Vorjahre feste Prämien bei den Aktiengesellschaften und Vorprämien und Nachschüsse bzw. Umlagen bei den Gegenseitigkeitsgesellschaften. Die Gesamtbeiträge bei den einzelnen Gesellschaften betrugen zwischen 71 und 124 Pfg. pro 100 Mark Versicherungssumme. Die Verschiedenheit der Beiträge ist im wesentlichen auf das verschiedene Tätigkeitsgebiet der einzelnen Gesellschaften zurückzuführen.

Niedersächsische Landesbank Aktiengesellschaft in Bodenwerder. Auf der Tagesordnung der am 17. Mai stattfindenden ordentlichen Generalversammlung steht auch Beschlußfassung über die Auflösung der Gesellschaft und Bestellung der Liquidatoren.

Gesellschafts-Abschlüsse

Diskontogesellschaft. Gestern fand die Sitzung des Aufsichtsrats statt, in der über die Ergebnisse des abgelaufenen Geschäftsjahres berichtet wurde. Auf Vorschlag der Geschäftsinhaber wurde beschlossen, der auf den 21. Mai einberufenen Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 9 Prozent in Vorschlag zu bringen. Nach dem Bericht der Direktion ist es ihr auch in diesem Jahre nicht möglich gewesen, von ihrer Londoner Niederlassung einen Nachweis des Vermögensstandes zu erhalten, so daß sie nur den Saldo, der sich aus den Büchern für das Rechnungsverhältnis mit der Filiale ergab, in die Bilanz einstellen konnte, dagegen ist in der Gewinn- und Verlustrechnung den aus der zwangsweisen Liquidation der Londoner Niederlassung drohenden Verlusten Rechnung getragen. In gleicher Weise mußte auch in diesem Jahre bezüglich der Niederlassung in Metz verfahren werden, der von der französischen Regierung nicht gestattet wurde, ihre Bilanz nach Berlin zu übermitteln. Es erbrachten: Wechsel und Zinsen 40 877 187 (35 264 075) Mark, Coupons 1 076 342 (769 988) Mark, Provision 14 529 036 (13 601 600) Mark, Beteiligung bei der Norddeutschen Bank in Hamburg 4 800 000 (6 000 000) Mark, Beteiligung bei dem A. Schaaffhausenschen Bankverein A.-G. 7 000 000 (7 000 000) Mark, dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen 3 540 812 (2 663 749) Mark, verfallene Gewinnanteilscheine — (—) Mark, hierzu Vortrag aus dem Vorjahre 292 619 (1 236 226) Mark. Der Reingewinn beträgt 22 110 588 (66 435 740) Mark. Der Reingewinn beläuft sich auf 32 016 131 (40 390 614) Mark, für den folgende Verteilung vorgeschlagen wird: Dividende 9 (11) Prozent, Gewinnbeteiligung der Gesellschaftsinhaber 2 365 786 (3 312 105) Mark, Gewinnbeteiligung des Aufsichtsrats 734 997 (1 025 436) Mark, Rückstellung für Talonsteuer 310 000 (310 000) Mark, Ueberweisung an die David Hansemannsche Pensionskasse 400 000 (400 000) Mark, Vortrag auf neue Rechnung 305 744 (292 619) Mark.

Dividendenvorschläge. Die Hansa-A.-G. für Warenverkehr in Breslau schlägt eine Dividende von 10 Proz. (wie im Vorj.) vor. — Die Hagedo, Handelsgesellschaft Deutscher Apotheker m. b. H. verteilt eine Dividende von 7 Proz. auf das Stammkapital und 3 Proz. auf die Netto-Warenbezüge der Gesellschafter.

Industrie, Handel, Handwerk

Förderung im Ruhrgebiet. Zur Streiklage im Ruhrbezirk teilt der Bergbauverein mit: Seitdem die Streikbewegung erloschen ist, hat die Förderung und der Versand in voriger Woche naturgemäß wieder eine starke Aufwärtsbewegung erfahren. Die Förderung erreichte in den letzten Tagen der Woche ungefähr 200 000 Tonnen. Die Nachwirkung des Streiks macht sich naturgemäß noch sehr störend bemerkbar, da die Betriebseinrichtungen nach wochenlanger Unterbrechung erst allmählich wieder in normalen Gang gebracht werden können. Die Wagengestellung hat am 3. Mai 12 000 Wagen betragen, das ist ungefähr die Hälfte der normalen Tagesleistung.

Kaliwerksgesellschaft Wilhelmshall. Der Gewerkenversammlung wird u. a. ein Antrag auf Aufnahme einer Anleihe von 6 Mill. Mark eventl. auf Eingliedung von Zubußen unterbreitet. Der Grubenvorstand bemerkt dazu, daß außer den bereits bestehenden Verbindlichkeiten von rund 3 Mill. Mark die Gewerkschaft noch vor weiteren beträchtlichen Ausgaben steht, die im Interesse der Leistungsfähigkeit der Werke Wilhelmshall und Dingelstädt unbedingt erforderlich sind, um die Gewerken unter den heutigen Zeitumständen vor Zubußen zu bewahren. Auch sei der Grubenvorstand entschlossen, der Gewerkenversammlung zur Deckung der erforderlichen Beträge die Aufnahme einer Obligationsanleihe in Höhe von nom. 6 Millionen Mark verzinslich mit 5 Proz., rückzahlbar mit 103 Proz., vorzuschlagen. Für die Uebernahme dieser Anleihe liegt dem Grubenvorstand ein festes Angebot eines Bankenkonsortiums vor.

Metallwarenfabrik vorm. H. Büchner, A.-G. in Mehlis i. Th. In dem Prospekt über die Zulassung von 200 000 Mark neuen Aktien an der Börse wird bemerkt: „Obwohl das Ergebnis für die ersten sechs Monate des laufenden Geschäftsjahres dem des vorhergehenden für die gleiche Zeit nicht nachstand, und obwohl die Gesellschaft für die nächsten Monate noch mit Aufträgen versehen ist, lassen sich mit Rücksicht auf die gesteigerten Lohnforderungen sowie im Hinblick auf die gesamte wirtschaftliche Lage die Aussichten für die Zukunft nicht beurteilen."

Nahrungs- und Genußmittel

Die Zuckerrübenernte während des Krieges. Die Rücksichten auf die Landesverteidigung erforderten bisher die Geheimhaltung statistischer Ermittlungen über die Ernteverhältnisse. Nachdem dieser Grund der Zurückhaltung fortgefallen ist, veröffentlicht das Preußische Statistische Landesamt für Preußen die Ernteziffern. Bezüglich der Zuckerrüben erfahren wir folgendes:

	die Erndefläche in Hektar	Ertrag in Tausenden dz
1913	443 240	136 254
1914	459 470	136 960
1915	820 876	88 980
1916	881 124	81 890
1917	822 042	79 118
1918	822 966	79 710

Den Ertragsziffern der Zuckerrüben hat im allgemeinen die Gewinnung von Verbrauchszucker entsprochen, abgesehen vom letzten Jahre, in dem bekanntlich durch die [illegible] Bodenverhältnisse „Mengen Zuckerrüben [illegible] wurden. Die statistischen Ermittlungen spiegeln die [illegible] Schwierigkeiten wieder, mit denen der Rübenanbau zu [illegible] hatte. Die Anbaufläche ist bei weitem nicht so [illegible] gegangen wie die Rübengewinnung, was natürlich auf [illegible] kultur zurückzuführen ist. Sogleich im ersten Kriegsjahre [illegible] sich die verhängnisvollen Kriegswirkungen [illegible] entaus; obwohl heute der Anbau allmählich ab. [illegible] Fruchtschlüsse wird die Zuckernot vorerst [illegible] schärfter Form — fortbestehen, weil im [illegible] Arbeitskräfte und Düngemittel in noch höherem Maße [illegible] während der Kriegszeit.

Sollen wir Rohrzucker einführen? Daß unsere [illegible] ernährung gegenwärtig unter einem sehr starken Zuckermangel leidet, ist eine bekannte Tatsache. Für das laufende Wirtschaftsjahr ist auf eine fühlbare Besserung nicht zu rechnen. Mangel an Arbeitskräften und künstlichen Düngemitteln [illegible] einer Ausdehnung der Rübenanbaufläche entgegen. Es ist [illegible] noch sehr zweifelhaft, ob sich in dieser Beziehung in [illegible] Wirtschaftsjahr die Lage wesentlich bessern wird. Wir müssen unter diesen Umständen noch auf längere Zeit hinaus mit einem starken Zuckermangel rechnen, der bei unserer sonstigen ausgezeichneten Versorgung mit Lebensmitteln unbedingt schädlich ist. Daß aus den europäischen Ländern eine Einfuhr von Rübenzucker, die unser Defizit ausgleicht, kaum in Betracht kommt, ist klar, denn die Kriegseinflüsse machen sich in allen europäischen Ländern, ganz besonders aber in den Zuckerausfuhrländern nachhaltig fühlbar. So kommt Rußland, Oesterreich und Frankreich für eine Ausfuhr von Zucker gar nicht in Betracht. Unter diesen Umständen ist es geradezu erwägenswert, ob Deutschland seine ungeziefelte eigene Zuckererzeugung nicht durch den Bezug von überseeischem Rohrzucker ergänzen soll. Bekanntlich ist während der Kriegsjahre die Rohrzuckererzeugung [illegible] darniederliegende Rübenzuckererzeugung zu bieten. [illegible] Beginn dieses Jahrhunderts stand einer Rohrzuckererzeugung von 3 Millionen Tonnen eine solche von Rübenzucker in Höhe von 6 Millionen gegenüber. Von da ab nimmt die Rohrzuckererzeugung einen starken Aufschwung. 1908 hat sie bereits [illegible] Rübenzucker erreicht, 1914 stellt sich das Verhältnis von Rohr- zu Rübenzucker schon wie 10 zu 8. Während des Krieges hat dann der Rohrzucker seinen europäischen Konkurrenten überflügelt. In der Spitze der Produktionsländer für Zuckerrohr steht Kuba. Dort stieg die Erzeugung von 1908 bis 1913 von 1,5 auf 3 Millionen Tonnen. Für das laufende Jahr sind 4 Millionen Tonnen in Aussicht stehen. Bei einer solchen Produktionssteigerung würde Deutschland wohl in der Lage sein, kubanischen Rohrzucker zu erträglichen Preisen zu beziehen. Soweit die Wiederherstellung unserer Volkszeugnißheit in Betracht kommt, müssen Valutafragen in den Hintergrund treten.

Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbild. Bei stillem Geschäft und [illegible] sprochener Preisrückgang bekundete die Börse anfangs [illegible] einigen Marktgebieten, wie Schiffahrtsaktien und Montanwerten. Widerstandsfähigkeit, dann aber erleichnie diese, als anfangs im Zusammenhang mit der morgen erfolgenden Bekanntgabe der Friedensbedingungen Ware an den Markt kam, die bei geringen Aufnahmelust nur zu weichenden Kursen Aufnahme fand. Schiffahrtsaktien bewegen die Einbußen bis zwei, bei Montanwerten vereinzelt bis vier Prozent, mit Ausnahme von Mannesmann, Bacher und Lothringer Hüttenaktien, die ihren Kursstand behaupteten, und für die übrigen Werte bis fünf Prozent. Inländische Aktienwerte waren im Kurse gleichfalls rückläufig. Zusammenhang mit der weiteren Besserung der deutschen Valuta im Auslande. Kriegsanleihen 54,40, alte heimische Anleihen fest, österreichische und ungarische wenig verändert. Einbußen kurs-Industriewerte sind matt. Die Börse schloß allgemein leicht gebesserten Kursen. Stärker erholt waren Petroleum-Aktien.

Produktenbericht. Neues über den Berliner Produktenverkehr ist nicht zu berichten. Das Geschäft ist außerordentlich still. Das Saatgeschäft ist infolge der vorgerückten Zeit so wie zu Ende. Sorradella steht noch reichlich zur Verfügung, [illegible] sind die Preise etwas steifer geworden und bewegen sich um [illegible] Mark herum. Vereinzelt zeigt sich Bedarf für Spörgel und [illegible] pinen. Im Rübengeschäft ist es sehr still. Kaufluster [illegible] außerordentlich knapp. Wegen der dringlichen Feldarbeiten [illegible] der die Landwirte zu größeren Verladungen in Heu [illegible] Weiter: trübe.

Im freien Verkehr wurden nichtamtlich ermittelt:

Eisenbahn-Aktien:		Gasmotoren Deutz	[illegible]
Halberstadt-Blankenb.	86,25	Gebhardt u. Co.	[illegible]
Halle-Hettstedter	—,—	Gebhardt u. König	[illegible]
Schantungbahn	121,50	Gelsenkirch. Bergb.	[illegible]
Allg. Lokal-Str.	131,25	Glanziger Zuckerfbr.	[illegible]
Gr. Berl. Str.	122,50	Halleische Masch.-Fabr.	[illegible]
Magdeburger Str.-B.	168,—	Hann. Masch.	[illegible]
Anh. Prinz Heinrich-B.	181,—	Harpener Berg	[illegible]
Brandenburg-A.-B.	222,—	Hasper Eisen	[illegible]
Schiffahrts-Akt.:		Hirsch Kupfer	[illegible]
Hambg. Paketfahrt	106,½	Höchster Farbw.	[illegible]
Hamburg-Südamerika	173,25	Hoesch Eisen u. Stahl	[illegible]
Hansa-Dampfschiff	222,—	Hohenlohe-Werke	[illegible]
Nordd. Lloyd	104,½	Humboldt-Masch.	[illegible]
Banken:		Ilse-Bergbau	[illegible]
Bank für Thür.	—,—	Kahla-Porzellan	[illegible]
Berl. Handelsges.	149,50	Körbisd. Zucker-Akt.	[illegible]
Comm u. Diskontobank	123,50	Kyffhäuserhütte	[illegible]
Darmstädter Bank	116,—	Lahmeyer u. Co.	[illegible]
Doss. Landesbank	—,—	Lauchhammer	[illegible]
Deutsche Bank	216,½	Laurahütte	[illegible]
Diskonto-Comm.	170,50	Linke u. Hofmann	[illegible]
Dresdner Bank	145,½	Ludwig Loewe u. Co.	[illegible]
Credit-Anst. Leipzig	146,75	Lothringer Hütte	[illegible]
Mitteld. Kreditbank	116,—	Mannesmannröhren	[illegible]
Privat-Bank	114,50	Oberschl. Eisenb.-Bed.	[illegible]
Nationalbank	—,—	do. Care Reg.	[illegible]
Oesterr. Kredit	—,—	do. Kokswerke	[illegible]
Reichsbank	139,25	Orenstein u. Koppel	[illegible]
Industrie-Aktien:		Phönix-Bergb.	[illegible]
Schultheiss-Brauerei	246,—	Rhein. Metall-Verz.	[illegible]
Akt. f. Anilin	213,—	Rhein Stahlwerken	[illegible]
Allgem. Elektr.-Ges.	172,½	Riebeck. Montan	[illegible]
Ammendorfer Papierf.	—,—	Rombacher Hütten	[illegible]
Anhalter Kohlenw.	158,50	Rositzer Brannk.	[illegible]
Annaberger Steingut	162,50	Rositzer Zucker	[illegible]
Badische Anilin	271,—	Sangerhäuser Masch.	[illegible]
Bergmann-Elektr.-Akt.	141,—	Hugo Schneider u. Co.	[illegible]
Berl. Masch.-Bau	202,—	Schuckert u. Co.	[illegible]
Bismarckhütte	170,25	Siemens u. Halske	[illegible]
Bochumer Gußstahl	174,—	Stettiner Vulkan	[illegible]
Chem. Fabrik Buckau	112,75	Stollberger Zink	[illegible]
Chem. Grieshelm	189,—	Strals. Spielkarten	[illegible]
Chem. v. Heyden	141,—	Thale-Eisenhütte	[illegible]
Consolidation Schalke	218,—	Triptis-Akt.-Ges.	[illegible]
Cröllwitzer Papierfabr.	206,—	Türkische Tabakregie	[illegible]
Daimler-Motoren	198,50	Ver. Köln-Rottweiler	[illegible]
Deutsch-Luxemburg	132,—	Glanzstoff Elberf.	[illegible]
Deutsche Uebersee-El.	198,—	Wegelin u. Hübner	[illegible]
Deutsche Erdöl	313,—	Werde-Weissenf. Brk.	[illegible]
Deutsche Gasglühl.	142,—	Westeregeln-Alkali	[illegible]
Deutsche Kali	175,75	Wittener Gußstahl	[illegible]
Deutsche Waff. u. Mun.	220,25	Werde-Milzersl	[illegible]
Donnersmarckhütte	190,—	Zelch.-Kriebitzsch. Brk.	[illegible]
Döring u. Lehrmann	94,50	Zeitzer Masch.	[illegible]
Dürkoppwerke	288,—	Zellstoff Waldhof	[illegible]
Elberfelder Farben	256,—	Otavi-Minen	[illegible]
Felten u. Guilleaume	163,—		

Hauptschriftleiter: Helmut Böttcher.
Verantwortlich für den politischen Teil: Helmut Böttcher. Für den Handelsteil: für die Abteilung Kunst, Wissenschaft, Unterhaltung und für den lokalen Teil Adolf Meyer, für provinzielle Nachrichten Gerichtssaal und Sport und den übrigen redaktionellen Teil: Hans Hesting. Für Anzeigenteil Paul Gerson, sämtlich in Halle a. S.
Verlag und Druck der Haleschen Zeitung Otto Thiele Halle a. S.
Geschäftsführer: Robert Gerstel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191905071-11/fragment/page=0004